



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Dienstsitz Berlin - 11055 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Steffi Lemke
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Hermann Onko Aeikens

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 - 4623

FAX +49 (0)30 18 529 - 4629

E-MAIL 04@bmel.bund.de

INTERNET www.bmel.de

AZ 614-61311/0018

DATUM 20. November 2019

Fragen für den Monat November 2019

Ihre am 13.11.2019 im Bundeskanzleramt eingegangene Schriftliche Frage Nr. 11/141

Sehr geehrte Frau Lemke,

Ihre Schriftliche Frage

„Welche Argumente (bitte sowohl auf wissenschaftliche als auch auf geopolitische Aspekte eingehen) waren nach Kenntnis der Bundesregierung auf der 38. Jahrestagung der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis ausschlaggebend für das erneute Scheitern der verschiedenen Proposals für Meeresschutzgebiete und wie hat sich die Bundesregierung im Laufe der Verhandlungen (vor und während der Jahrestagung) wie in der Drucksache 19/2985 vom Deutschen Bundestag gefordert, über alle zur Verfügung stehenden diplomatischen und anderen Kanäle und Möglichkeiten für eine bald mögliche Annahme des Weddellmeer Proposal eingesetzt?“

beantworte ich wie folgt:

Entscheidungen zur Ausweisung von Meeresschutzgebieten durch die Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze in der Antarktis (CCAMLR) erfordern Einstimmigkeit, die nicht erzielt werden konnte.

Das Scheitern der Verhandlungen basiert auf dem unterschiedlichen Verständnis der CCAMLR-Mitgliedsstaaten, in welcher Form und mit welcher Begründung zusätzliche Meeresschutzgebiete (MPA) im Südpolarmeer eingerichtet werden sollen. Die CCAMLR-Kommission hatte 2011 eine Rahmenrichtlinie zur Ausweisung von CCAMLR MPAs

angenommen. Diese Maßnahme beschreibt die Grundprinzipien, die Inhalte und die Prozesse, welche bei der Ausarbeitung und Annahme von MPAs zu beachten sind.

Alle auf der diesjährigen CCAMLR-Sitzung vorgestellten MPA-Vorschläge erfüllen nach Auffassung der meisten CCAMLR-Mitglieder diese Vorgaben. Eine von RUS und CHN angeführte Gruppe in CCAMLR teilt diese Auffassung nicht und möchte darüber hinaus diese Rahmenrichtlinie überarbeitet und erheblich erweitert sehen. Diese Mitgliedstaaten fordern u. a., dass im Vorfeld der MPA-Ausweisung zusätzlich eine 10-seitige Checkliste berücksichtigt und die Vorgaben bzgl. der wissenschaftlichen Forschungs- und Überwachungstätigkeiten, die nach Einrichtung des MPAs durchgeführt werden müssen, erheblich erweitert und spezifiziert werden sollen. Dies würde den Prozess der Ausarbeitung und der Verhandlungen zu den MPAs vermutlich um Jahre verzögern. Hinzu kommt, dass RUS und CHN in der MPA-Diskussion zunehmend von international und bisher auch von CCAMLR anerkannten Prinzipien abweichen. Die Generelle Rahmenrichtlinie fordert, dass MPA-Vorschläge auf den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen ("best available science") basieren müssen. RUS und CHN bestreiten dies weiterhin für die beiden MPA-Vorschläge der EU und ihrer Mitgliedstaaten und fordern darüber hinaus, das Kriterium "best available science" in Richtung "sufficient science", d. h. ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse zu verändern. Letzteres kann jedoch von jedem CCAMLR-Mitglied anders interpretiert werden. Auch das Vorsorgeprinzip und das Prinzip, dass MPAs ein repräsentatives Spektrum der marinen Umwelt, Ökosysteme und Arten schützen sollten, wird von RUS und CHN anders ausgelegt als von den MPA-Befürwortern.

Ursächlich sind ein unterschiedliches Verständnis dessen, was ein MPA ist und leisten soll, und damit verbunden unterschiedliche politische und ökonomische Beweggründe der CCAMLR-Mitglieder. Vor allem RUS und CHN vertreten hier deutliche Gegenpositionen zu den MPA-Befürwortern. RUS wird in CCAMLR von der nationalen Fischerei-Agentur vertreten und hat sein Interesse an einer Ausweitung der Fischerei im Südpolarmeer (auch in bisher unbefischten Gebieten wie dem Weddellmeer) deutlich gemacht. Maßnahmen, die eine derzeitige oder zukünftige Ressourcennutzung in der Antarktis eventuell einschränken könnten, werden von RUS daher abgelehnt.

Die Bundesregierung wird gemeinsam mit der EU und anderen Mitgliedstaaten bis zur nächsten Tagung der CCAMLR-Kommission im Herbst 2020 weiterhin geeignete bilaterale und multilaterale Gelegenheiten nutzen, um sich für die Annahme der Vorschläge über die antarktischen Meeresschutzgebiete einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

H. O. Meinen